



Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

IDA-Infomail
Nummer 5, Oktober 2013, 14. Jg.

Editorial	S. 1
Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek	S. 5
Aus den Mitgliedsverbänden	S. 7
Aktion, Information	S. 12
Seminare, Tagungen	S. 17
Impressum	S. 20

Editorial

Seit der Flüchtlingskatastrophe in Lampedusa, bei der 360 geflüchtete Menschen ertranken, ist eine europaweite Debatte zur Flüchtlingspolitik entfacht.

Doch obwohl der EU-Gipfel am 25.10.2013 zu diesem Thema in Brüssel tagte, wurde keine Notwendigkeit eines Kurswechsels weg von der europäischen Abschottungspolitik gesehen. Stattdessen wurden weitere Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik auf Juni 2014 vertagt.

Ich erhoffe mir beim nächsten EU-Gipfel, dass Flüchtlinge zukünftig die Möglichkeit erhalten, legal und sicher in die EU zu kommen statt auf lebensgefährlichen Überseefahrten ihr Leben zu riskieren. Dazu sollte eine gezielte Migrationspolitik nicht nur hochqualifizierte Arbeitskräfte berücksichtigen, sondern auch Flüchtlinge.

Die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge in Deutschland erlebe ich als Déjà-vu der 90er Jahre. Bereits im Zuge der Bundestagswahl profitierten rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien von den Debatten zur Flüchtlingspolitik in Europa und setzten ihre rassistischen Kampagnen

gegen Romni_ja, Migrant_innen und Flüchtlinge fort. In Berlin-Hellersdorf schlossen sich Bürger_innen mit der NPD für eine rassistische Kampagne zusammen, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. Die NPD mobilisiert insbesondere in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, wo es u. a. rassistische Proteste gegen Flüchtlingsheime gab. Bei der Bundestagswahl hat die NPD in einzelnen Wahllokalen in Marzahn-Hellersdorf bis zu 10,2 Prozent, im gesamten Wahlkreis deutlich mehr als vier Prozent der Stimmen erhalten.

Auch nach der Bundestagswahl gibt es Proteste gegen das Hellersdorfer Flüchtlingsheim, aber auch viele Gegendemonstrationen, die ihre Solidarität mit den Flüchtlingen ausdrücken. So entstand beispielsweise die Initiative „Hellersdorf hilft“, die Menschen ermutigt, gegen rassistische Hetze einzutreten und Menschen in Not zu helfen.

In Solidarität mit Flüchtlingen wünsche ich anregende Informationen beim Lesen der Infomail.

Karima Benbrahim

IDA informiert:**Stellenausschreibung des IDA**

IDA e. V. sucht zum 01. Januar 2014 vorbehaltlich der endgültigen Bewilligung des Projektvorhabens eine_n Projektreferent_in (100% Beschäftigungsumfang, in Anlehnung an TVöD 11) für ein zweijähriges Projektvorhaben zum Thema „Migrantische Perspektiven auf den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“.

In dem Projekt soll erstens untersucht werden, wie sich der NSU-Komplex auf die Sicht migrantischer Akteure und Akteursgruppen ausgewirkt hat. Zweitens liegt der Fokus auf Maßnahmen der politischen Bildung und Aufklärung, insbesondere auf der Sichtbarmachung der Perspektiven migrantischer Akteure auf den NSU-Komplex. Multiplikator_innen der Jugend- und Bildungsarbeit sollen qualifiziert werden, einen reflektierten und bewussten Umgang mit dem Thema zu vermitteln. Die Stelle ist zunächst bis zum 28.02.2015 befristet. Eine eventuelle Verlängerung bis zum 31.12.2015 ist möglich. Dienort ist Düsseldorf.

Ihre Aufgaben sind

- die inhaltliche und organisatorische Umsetzung des Projekts „Migrantische Perspektiven auf den NSU“
- Recherche, Auswertung und Publikation von Äußerungen zum Thema NSU aus migrantischen Perspektiven (z.B. deutsch-türkischer Medien, Vertreter_innen von Migrantenselbstorganisationen, Angehörigen von Opfern des NSU)
- Planung und Durchführung einer mehrtägigen Fachtagung
- Bearbeitung fachlicher Anfragen zum Thema, Seminar- und Vortragstätigkeit
- Erstellung von pädagogischen Materialien, die Multiplikator_innen qualifizieren, migrantische Perspektiven auf den NSU zu vermitteln
- Konzeption und exemplarische Durchführung

von Fortbildungsangeboten für Multiplikator_innen auf Grundlage der erstellten pädagogischen Materialien

- Konzeption einer Online-Plattform für die Methoden- und Materialbausteine
- Öffentlichkeitsarbeit zum Projekt
- Aufbau und Vertiefung von Kooperationspartnerschaften

Voraussetzungen sind:

- ein abgeschlossenes Hochschulstudium
- nachgewiesene sehr gute Kenntnisse in den Themenspektren Rechtsextremismus und/oder Rassismus, möglichst zum Thema NSU/Rechtsterrorismus

Wir wünschen uns darüber hinaus

- Erfahrung in der Zusammenarbeit mit migrantischen Communities und/oder Migrantenselbstorganisationen
- Erfahrung in der Bildungsarbeit und in der Anwendung pädagogischer Methoden
- Berufserfahrung in der Planung, Konzeption und Durchführung von Projekten
- Erfahrung mit Empowerment-Strategien
- Kenntnisse der türkischen Sprache
- gute EDV-Kenntnisse und möglichst Erfahrungen mit CMS-Systemen

Besonders möchten wir Interessent_innen mit Migrationshintergrund auffordern, sich zu bewerben. Ausführliche Informationen über den Verein finden Sie unter www.IDAeV.de. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen übermitteln Sie bitte bis zum 20. November 2013 in einer PDF-Datei von maximal 5 MB zu Händen des Vorsitzenden Herrn Thilo Scholle an die E-Mail-Adresse bewerbung@idaev.de

IDA bei Facebook

Einfach auf Facebook unter „IDA e. V.“ den „Gefällt mir“-Button anklicken und aktuelle Informationen über das IDA und seine Aktivitäten erhalten.

www.facebook.com/idaev.de

VERANSTALTUNGEN

Fachvortrag „Diversitätsbewusstsein und Diversitätsbewusste Bildungsarbeit in Jugendverbänden“

Wann? Mittwoch, den 20. November 2013 von 12:00 bis 14:00 Uhr

Wo? CVJM City Hotel, Limburgstraße 3, 30159

Hannover, Raum: Saal I (2. Obergeschoss)

Moderation: Thilo Scholle (Vorsitzender IDA e. V.)

Einführung: Ansgar Drücker (Geschäftsführer IDA e. V.)

Fachvortrag: Wiebke Scharathow (Pädagogische Hochschule Freiburg)

„Diversity“ ist in den letzten Jahren zu einem Modewort in Unternehmen und Verwaltungen geworden. In der Kinder- und Jugendarbeit finden stärker die Begriffe „Diversität“ und „Diversitätsbewusste Bildungsarbeit“ Verwendung. Im Mittelpunkt steht hier, möglichst vielen jungen Menschen Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen und zu Teilhabe zu ermöglichen und Benachteiligungen auszugleichen. Für Jugendverbände geht es darum, Vielfalt als von vornherein vorhandene Selbstverständlichkeit wahrzunehmen und sensibel für Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen zu werden. Mit dem Fachgespräch, das im Vorfeld der IDA-Delegiertenversammlung stattfindet, soll eine Auseinandersetzung mit diesem aktuellen Thema der Kinder- und Jugendhilfe angeregt werden.

In den letzten drei Jahren hat IDA jeweils einen Workshop zum Thema Diversität durchgeführt. Ende 2012 ist der IDA-Reader zum Thema Diversität entstanden. IDA hat sich darüber hinaus in den letzten zwei Jahren am Aufbau des Netzwerks „dive“ für diversitätsbewusste (internationale) Jugendarbeit (www.netzwerk-diversitaet.de) beteiligt.

Wiebke Scharathow ist Koautorin der grundlegenden Veröffentlichung zum Thema Diversitätsbe-

wusstsein für die (Internationale) Jugendarbeit aus dem Jahre 2008: „Ver-vielfältigungen. Diversitätsbewusste Perspektiven für Theorie und Praxis der internationalen Jugendarbeit“. Sie ist Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaften in der Sozialpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, den 20. November 2013 von 12.00 bis 14.00 Uhr in Hannover statt. Im Anschluss an das Fachgespräch tagt von 14.00 Uhr bis ca. 17.00 die jährliche Delegiertenversammlung des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA). Die Teilnahme ist kostenlos. Eine schriftliche Anmeldung bis zum 10. November an info@idaev.de.

Weitere Informationen:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V.

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

www.idaev.de

info@idaev.de

www.facebook.com/idaev.de

IDA-Kooperationsseminar mit Amaro Drom e. V. zum Thema „Empowermentstrategien gegen Antiziganismus“

Termin: 22.-24. November 2013

Ort: Mayen

Das Thema Antiziganismus ist eine aktuelle gesellschaftliche und politische Herausforderung,

aber besonders für junge Roma und Sinti ist die Ausgrenzung und Diskriminierung Alltag. In

diesem Seminar sollen jugendliche Roma Gegenstrategien zum Thema Antiziganismus entwickeln und positive Selbstbilder mit unterschiedlichen Methoden kreieren. Durch diesen Empowermentansatz soll der Rahmen für „geschützte“ Räume geschaffen werden, in denen die Teilnehmer_innen in der Begegnung und im dialogischen Austausch alltägliche Erfahrungen rassistischer (Mehrfach-) Diskriminierung zur Sprache bringen können. Zudem sollen im kreativen und interaktiven Gruppenprozess bereits vorhandene Strategien der Selbstbemächtigung und des Widerstands einerseits bewusst und sichtbar gemacht werden sowie

andererseits Alternativen im Sinne von persönlicher und solidarischer Stärkung und Positionierung erfahrbar werden.

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.idaev.de

Dive - Netzwerk für diversitätsbewusste (internationale) Jugendarbeit

Als Teilinitiative von JiVE eröffnet „dive“ den fachlichen Austausch über Konzepte der Teilhabeverbesserung junger Menschen und der Förderung von Vielfalt in der Internationalen Jugendarbeit. Ziel ist es, die beteiligten Partner bei JiVE - Jugendarbeit international, Vielfalt erleben - und alle weiteren Interessierten für eine diversitätsbewusste Haltung in der Internationalen Jugendarbeit zu sensibilisieren und den theoretischen Diskurs mit Angeboten pädagogischer Praxis für Fachkräfte zu ergänzen. Die Teilinitiative diversitätsbewusste (Internationale) Jugendarbeit wird in mehreren Schritten umgesetzt:

Praxiswerkstatt, Expert_innennetzwerk und Einstiegsveranstaltungen:

Im Rahmen der Teilinitiative und in Kooperation mit Expert_innen hat sich das Netzwerk DIVE gebildet. Die Mitglieder tauschen sich zu Theorie und Praxis diversitätsbewusster Internationaler Jugendarbeit aus und bieten Träger und Organisationen Beratungs- und Bildungsangebote zum Thema Internationale Jugendarbeit an.

Die Ergebnisse der fachlichen Diskurse einer diversitätsbewussten Internationalen Jugendarbeit werden als Arbeitshilfe für die pädagogische Praxis aufbereitet.

Das Projekt wird getragen von JUGEND für Europa, transfer e. V. und dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA) e. V.

Mehr Informationen:

JUGEND für Europa

Nina Schmidt

Godesberger Allee 142-148

53175 Bonn

Tel: 02 28 / 95 06-266

Fax: 02 28 / 95 06-5-266

nschmidt@jfemail.de

info@netzwerk-diversitaet.de

www.jugendfuereuropa.de/downloads/4-20-3450/DIVE-folder-8s-web.pdf

www.netzwerk-diversitaet.de

Aktualisierung der VJM-Datenbank und der Datenbank Interkulturelle Öffnung

Mit ehrenamtlicher Unterstützung und auf Basis umfangreicher weiterer Recherchen und der Zusammenarbeit von Mitglieds- und kooperierenden Verbänden ist es im Sommer 2013 gelungen, die beiden intensiv genutzten IDA-Datenbanken

• „Ein Verzeichnis von Vereinen von Jugendlichen

mit Migrationshintergrund - VJM-VZ“ (www.idaev.de/service/vereine-junger-migranten/) und

• die Online-Datenbank mit Projekten zur interkulturellen Öffnung (www.idaev.de/service/interkulturelle-oeffnung/interkulturelle-oeffnung.html), zu aktualisieren und deutlich zu erweitern.

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „TOLE-RANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“, „Initiative Demokratie stärken“ und „XENOS“ so-wie verschiedener Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Kurz- und Dokumentarfilme sowie Musik-CDs können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert, direkt online bestellt und für 14 Tage ausgeliehen werden. Die Vielfalt-Mediathek ist ein gemeinsames Projekt von IDA und dem DGB Bildungswerk.



Memory Biografie- und Schreibwerkstatt e. V. (Hg.): Biografiearbeit im Stadtteil mit Kindern und Eltern

Berlin 2013, 31 S., 25,23 Min., Sachinformation, Broschüre, CD

Der Verein Memory Biografie- und Schreibwerkstatt e. V. führt Projekte zur Biografiearbeit durch: seit 2008 mit Kindern und Jugendlichen und seit 2012 auch mit Erwachsenen. Als Ziel hat sich der Verein gesetzt, die Identitätsbildung vor allem von Jugendlichen zu unterstützen, Raum zur Selbstreflexion zu schaffen und sie auch für spätere Lebensphasen stark zu machen.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5144



Stiftung SPI (Hg.): Vorurteilsbezogene Konflikte und vorurteilsmotivierte Gewalt an Berliner Schulen. Auswertung einer Befragung von Schulleitungen zu konkreten Problem- und Bedarfslagen im 4. Quartal 2011/1. Quartal 2012

2012, 44 S., Sachinformation, Broschüre
Das Mobile Beratungsteam „Ostkreuz“ aus Berlin hat in seiner Arbeit an Berliner Schulen immer wieder Erscheinungsformen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und damit einhergehende Probleme und Konflikte beobachtet. Zur genaueren Erfassung der Problemlage hat das MBT eine berlinweite Umfrage unter 20 Schulleiter_innen durchgeführt.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5140&title=vorurteilsbezogenen-konflikte-und-vorurteilsmotivierte-gewalt-an-berliner-schule



Rappenglück, Stefan: Planspiel Demonstrationen rechtsextremer Gruppierungen (Hg. v. Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung/ Landesjugendamt/ Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus)

2013, 28 S., Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe, Broschüre, CD

Extrem rechte Aufmärsche und Demonstrationen sind ein Problem für viele Städte und Kommunen. Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz hat ein Planspiel entwickelt, um die rechtlichen Aspekte ebenso wie die Handlungsdynamik eines neonazistischen Aufmarschs zu beleuchten.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5147&title=planspiel-demonstrationen-rechtsextremer-gruppierungen



Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (Hg.): RASSISMUS erkennen & bekämpfen

2013, 72 S., Sachinformation, Broschüre

Rassismus ist ein gesellschaftliches Problem - nicht nur innerhalb des Rechtsextremismus, sondern in der gesellschaftlichen Mitte. Rassismus hat ein komplexes Netzwerk an Strukturen und Wissen hervorgebracht, das uns sozialisiert und prägt. Wie kommt die Vorstellung von menschlichen Rassen in unsere Köpfe?

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5244&title=rassismus-erkennen-bek-mpfen



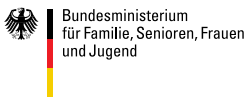
Herrmann, Thomas: Felderkundung - zur Integration von Romafamilien in Marzahn-Mitte / Marzahn-Nord 2011 (hg. v. Amaro Foro e. V./djo-regenbogen e. V.)

Berlin 2012, 48 S., Bericht/Dokumentation, Broschüre

Menschen, die der Bevölkerungsgruppe der Roma zugerechnet werden, sind in Osteuropa in besonderem Maße von Armut, schlechter Gesundheitsversorgung, Ausgrenzung und ungleichen Bildungschancen betroffen. Für viele von ihnen stellt Migration nach Westeuropa die einzige Chance zur Verbesserung ihrer Lebenssituation dar. In Berlin-Marzahn setzt sich seit längerem ein Lokaler Aktionsplan für die Integration und Partizipation von Migrant_innen ein, unter anderem von dort lebenden Roma.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5148&title=felderkundung-zur-integration-von-romafamilien-in-marzahn-mitte-marzahn-nord-201

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ und „XENOS - Integration und Vielfalt“



Aus den Mitgliedsverbänden:**Rechtsextreme von Kirchenämtern ausschließen: Synode fasst Unvereinbarkeitsbeschluss**

Die Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburgschlesische Oberlausitz hat auf ihrer Synode Ende Oktober ihre Grundordnung geändert. Nun ist es möglich, zum Beispiel Gemeindeglieder von der Mitarbeit in den Gemeindegemeinschaften auszuschließen, wenn sie Mitglieder oder tätige Unterstützer_innen von Gruppen, Organisationen oder Parteien sind, „die menschenfeindliche Ziele verfolgen“. Über diesen Unvereinbarkeitsbeschluss wurde von mehreren Medien unter dem politisch anders besetzten Begriff 'Extremismusklausel' berichtet. Die Kirche wappte sich mit diesem Beschluss gegen die Strategie extremistischer Organisationen, sich in bürgerliche Gremien einzubringen, so Landesbischof Markus Dröge zur dpa. Diese vor allem gegen Rechtsextreme gerichtete Konkretisierung des kirchenrechtlichen Instrumentariums wurde bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen, ist am 01. November in Kraft getreten und kann auch als Vorbild für andere kirchliche und verbandliche Ordnungen und Satzungen dienen.

Landesbischof Dröge verteidigt sich gegen den Vorwurf der Gesinnungsschnüffelei: „Es gibt zwei Begriffe: einmal Mitgliedschaft oder tätige Unterstützung von Vereinigungen, die menschenfeindliche Ziele verfolgen. Das heißt, es ist keine Gesinnungsschnüffelei. Was jemand denkt, dem gucken wir weder in den Kopf noch ins Herz, aber wenn einer tätig wird, eine solche Vereinigung unterstützt oder Mitglied ist - und das wie gesagt im Vorfeld schon, nicht weil wir konkrete Anlässe hätten, aber man muss ja auch Maßnahmen ergreifen, bevor das Kind in den Brunnen fällt.“

Infos:

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)

Stephan Groschwitz

Otto-Brenner-Str. 9

30159 Hannover

Tel: 05 11 / 12 15-0

Fax: 05 11 / 12 15-2 99

info@evangelische-jugend.de

www.evangelische-jugend.de

Jugendkonferenz „Unser Kreuz hat keine Haken!“

Die Evangelische Jugendkonferenz von Westfalen tagte vom 11. bis zum 13.10.2013 auf der Wewelsburg (Büren-Wewelsburg) und befasste sich mit dem Thema Rechtsextremismus „damals und heute“. Die 70 Teilnehmer_innen aus 20 Kirchenkreisen setzen sich bewusst damit auseinander, mutig gegen Unrecht

und menschenverachtende Tendenzen in der Gesellschaft einzutreten. Hendrik Meisel, Stellvertreter Vorsitzender der EJKW dazu: „Wir haben dieses Thema gewählt um ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen gegen Rassismus, für Demokratie und menschenverachtende Ansichten. Dieser Weg ist kein einfacher, aber wir können uns sicher sein, dass Gott mit uns ist.“ Umfangreich und vielschichtig ist das Engagement der Evangelischen Jugend gegen menschenverachtende Tendenzen. Gedenkstättenarbeit, Gegendemonstrationen, interkulturelle Verständigung und Aktionstage sind nur einige der Aktivitäten, die in ganz Westfalen immer wieder zu Wachsamkeit gegen rechtsextrêmes Gedankengut aufrufen. Ganz aktuell ist

die gemeinsame Kampagne der Evangelischen Jugend Rheinland, Westfalen und Lippe „ERINNERN ERKENNEN ENGAGIEREN“ zur Erinnerung an die Pogromnacht 1938. An vielen Stellen der Evangelischen Jugend wird um den 9. November

herum in kleinen und großen Aktionen der Pogromnacht gedacht. Anregungen zur

Gestaltung dieser Aktionen sind auf elf Karten festgehalten, die Ideen reichen von einem Pavillon des Nachdenkens über Musiktheater, einem literarischen Café bis hin zum Religionsquiz und Gedenkstättenarbeit.

Infos:

Evangelische Jugend von Westfalen

Iris Schumann und Klaus Krapf

Iserlohner Straße 25

58239 Schwerte

Tel: 02 01 / 22 05-126 (-229)

Fax 0 23 04 / 7 55-248

info@ejessen.de

www.ev-jugend-westfalen.de/75-jahre/reichspogromnacht/anregungen/

BDKJ-Seminar „mia san mia!“ Interkulturelle Kompetenzen und jugendliche Lebenswelten als Herausforderung für die Jugendsozialarbeit

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) bietet vom 02. bis zum 05. Dezember 2013 ein Seminar für Mitarbeiter_innen in der Jugendberufshilfe und Jugend(sozial)arbeit an. Fachkräfte der Jugendsozialarbeit sind mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert: Jugendliche, vor allem junge Menschen mit Migrationsgeschichte in Jugendberufshilfeeinrichtungen und in anderen Handlungsfeldern der Jugendsozialarbeit, sind oft von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen und können dadurch nur schwer ihre Interessen artikulieren und eigene Potenziale einbringen. Eine zentrale Herausforderung bleibt die Schaffung von Verwirklichungschancen für Jugendliche aus verschiedenen Lebenswelten, Szenen und Jugendkulturen mit schlechteren Startchancen. Hierzu gehört auch der Umgang mit widersprüchlichen Positionen und mit Konflikten. Ziel des Seminars „mia san mia!“ ist die Sensibilisierung der Teilnehmer_innen für die Belange von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte (Biografieverläufe, Lebenslagen, Aspekte der Diskriminierung) und die gemeinsame Erarbeitung von Ideen



zur Förderung von Aspekten der Lebensentfaltung. Dabei sind die Themen der einzelnen Seminareinheiten so ausgelegt, dass die Erweiterung des eigenen Fachwissens sowie das Kennenlernen unterschiedlicher Methodensets und geeigneter Praxisansätze im Mittelpunkt stehen. Ein Schwerpunkt des Seminars liegt darin, in Kleingruppen den direkten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und damit Handlungsoptionen in der eigenen Arbeit zu verbessern. Den Teilnehmer_innen werden unterschiedliche Ideen und Methodensets für die Arbeit mit Jugendlichen, aber auch für die Arbeit im Team mitgegeben und Lösungsstrategien zur Erweiterung der eigenen Handlungsoptionen vermittelt.

Infos:

BDKJ-Bundesstelle
Andreas Schmitz
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel: 0211/4693 165
Fax: 0211/4693 120
aschmitz@bdkj.de
www.bagkjs.de/media/raw/Einladung_mia_san_mia_2013.pdf

Juleica - Praxisbuch zum Thema Diskriminierung

Der Landesjugendring Niedersachsen hat ein Juleica Praxisbuch zu Prävention und Kindeswohl in der Jugendarbeit herausgegeben. Das Praxisbuch enthält Hintergrundinformationen und Hilfestellungen zu den einzelnen Themenbereichen, die Kinder und Jugendliche gefährden können. Im sechsten Kapitel geht es vor allem um die Themen Diskriminierung, Diversität und menschenverachtende Einstellungen. Dabei werden Begriffe erklärt und Methoden vorgestellt, die man in Gruppen ausprobieren kann.

Infos:

Landesjugendring Niedersachsen e. V.
Zeißstraße 13
30519 Hannover
Tel: 05 11 / 51 94 51 -0
Fax: 05 11 / 51 94 51 - 20
info@ljr.de
www.ljr.de/uploads/media/JuleicaPraevention2013.pdf
info@landjugend.de
www.ljr.de/uploads/media/JuleicaPraevention2013.pdf

Sportfortbildung „Hinter der Fassade - Ein_Blick_e zu Diskriminierung und Neonazismus“

Die Sportjugend Hessen bietet in Kooperation mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) am 02.11.2013 in Frankfurt die Fortbildung „Hinter der Fassade - Ein_Blick_e zu Diskriminierung und Neonazismus“ an. Das Modul vermittelt inhaltliche Grundlagen zu den Wirkungsweisen von Vorurteilen und Diskriminierung z. B. am Vereinsstammtisch und beschreibt den Kontext, aus welchem heraus Neonazis agieren. Konkrete Handlungsmöglichkeiten für Situationen im ehrenamtlichen oder privaten sowie beruflichen Umfeld werden hier erarbeitet. Die Zusammenführung verschiedenster Teilnehmer_innen soll die Möglichkeiten eröffnen, sich untereinander zu bereichern, wertvolle Tipps weiterzugeben und Erfahrungen auszutauschen. Im ersten Part des Fortbildungstages geht es um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Ideologie. Praktische Übungen klären über rechtsextreme Symbole, Codes und Musik auf und sensibilisieren die Teilnehmer_innen, diese im Alltag zu erkennen. Im zweiten Teil geht es um das aktive Einüben von

praktischen Handlungsoptionen für Situationen, welche auf Grund von rechtsextremen Äußerungen und Erscheinungen ein couragiertes Handeln erfordern. Erweitert wird dieser Part um praktische Tipps zum erfolgreichen Argumentieren. Im letzten Teil des Tages werden Möglichkeiten der Unterstützung in der Arbeit gegen rechts bzw. für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen aufgezeigt.

Infos:

Sportjugend Hessen
Geschäftsstelle Frankfurt

Rosi Harra

Otto-Fleck-Schneise 4
60528 Frankfurt am Main

Tel: 0 69 / 6 78 92 18

Fax: 0 69/ 69 59 0175

RHarra@sportjugend-hessen.de

[www.sportjugend-hessen.de/Terminuebersicht.43.0.html?&cHash=ec8417d642&sjh\[showU id\]=453057348](http://www.sportjugend-hessen.de/Terminuebersicht.43.0.html?&cHash=ec8417d642&sjh[showU id]=453057348)

Falken fordern das Recht auf Widerstand gegen Nazis!

Die Sozialistische Jugend Deutschlands haben am 18.09.2013 die Erklärung „Wir fordern das Recht auf Widerstand gegen Nazis“ veröffentlicht: „Neonazis, Rassismus und menschenverachtende Ideologien sind kein Randproblem in Deutschland. Rechte Schlägertrupps und Einzelpersonen schädigen das Leben Vieler und verüben lebensgefährliche Angriffe auf Menschen, die ihnen nicht passen. Ständige rassistische Pöbeleien und Überfälle sind weiterhin Alltag. Behörden, Schulen und Ämter leisten ihren Anteil durch rassistische Gesetzgebungen oder institutionelle Diskriminierung.

Politik und Justiz haben unserer Ansicht nach die Relevanz des Problems nicht richtig erkannt. Wenn Tim H. in Dresden verurteilt wird, weil er auf einer Demo „Kommt nach vorne!“ gesagt hat, wenn Gerichte weiterhin den politischen Hintergrund rechter Straftaten leugnen, wenn antifaschistische Linke als „Linksextreme“ gebrandmarkt werden, dann wird das Problem nicht ernst genommen. Durch den NSU-Schrecken haben wir gelernt, dass Be-



hörden wie der Verfassungsschutz rechten Terror außerdem nicht wirksam bekämpfen können. Gerade deswegen ist es wichtig, sich links zu organisieren, antifaschistische Arbeit zu fördern und Widerstand überall zu unterstützen. Die Extremismusdebatte behindert uns nur in unserem

Engagement! Wir stellen uns gegen die Doktrin von der guten, bürgerlichen Mitte und dem gefährlichen linken und rechten Rand. Wir wissen, dass Gewalt von rechts ausgeht und Rassismus in der Mitte der Gesellschaft sitzt!

- Wir fordern das Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen!
- Wir fordern das Ende der Kriminalisierung antifaschistischer Arbeit.
- Wir fordern ein Ende der Diskussion

um Linksextremismus.

- Wir fordern ausreichende und vom Staat unabhängige Finanzierung demokratischer und antifaschistischer Bildungsarbeit. Demokratie kann man lernen, Jugendverbände und unabhängige Organisationen sind der richtige Ort dafür.
- Wir fordern das Recht auf Widerstand gegen

Nazis!"

Infos:

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken
 Saarstraße 4
 12161 Berlin
 Tel: 0 30 / 26 10 30-0
 Fax: 0 30 / 26 10 30-50
info@sjd-die-falken.de

www.wir-falken.de/aktuelles/meldungen/7142153.html

Seminar der Naturfreundejugend Berlin, „Was ist Herrschaftskritik?“

Die Naturfreundejugend Deutschlands (NFJD) ist ein herrschaftskritischer Jugendverband. Sie versucht Herrschaftsverhältnisse aufzudecken, zu hinterfragen und zu kritisieren. Doch was ist mit Herrschaftskritik eigentlich gemeint? Workshops und Seminare zu Kritik an Antisemitismus, Rassismus oder Sexismus wurden sicherlich schon ab und an mal gesehen, und vielleicht auch daran teilgenommen.



Ist das nicht auch alles Herrschaftskritik?

Die Naturfreundejugend denken: Herrschaftsverhältnisse wie Rassismus, Kapitalismus oder Antisemitismus existieren nicht einfach nebeneinander her, sondern setzen sich gegenseitig voraus, können sich beeinflussen oder sogar bestärken. In Diskussionen wird manchmal auch das eine gegen das andere ausgespielt, wie bei der leidigen Dis-

kussion um Haupt- und Nebenwiderspruch (Was ist schlimmer - Sexismus oder Kapitalismus?). Vor allem darum soll sich das große Ganze angeschaut werden. Sind die oben aufgezählten Herrschaftsverhältnisse schon alle oder gibt es noch mehr? Wie sind sie miteinander verbunden? Wie kann ich Herrschaftskritik ausüben? Und was ist eigentlich der Sinn von all dem? Um solche Fragen und auch einige Antworten soll es in dem Seminar am 01.12.2013 in Berlin gehen. Es richtet sich an Interessierte ohne Vorkenntnisse aus Schule, Ausbildung oder Erstsemester, aber auch an Leute, die bisher nur zu einem 'ismus' gearbeitet haben. Infos:

Naturfreundejugend Berlin
 Uli Fuchs
 Weichselstr. 13
 12045 Berlin
 Tel: 0 30 / 32 53 27 70
 Fax: 0 30 / 32 53 27 71
www.naturfreundejugend-berlin.de
uli@naturfreundejugend-berlin.de

Workshop „Haben wir versagt? Konsequenzen aus der NSU-Affäre für die Zivilgesellschaft“ des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“

Bundesweit kämpfen zivilgesellschaftliche Organisationen und Runde Tische gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Auch Gewerkschaften, Betriebe und Verwaltungen leisten ihren Beitrag zu einer offenen und von Akzeptanz geprägten Gesellschaft und Arbeitswelt. Doch die Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses zeigen deutlich, dass die Gefahren des Rechtsextremismus trotz aller Anstrengungen wachsen. Vorurteile blühen, demokratische



Werte und Normen verlieren an Präsenz und Bedeutung. Es ist an der Zeit sich kritisch mit der eigenen Arbeit auseinanderzusetzen und sich die Frage zu stellen: Haben wir versagt? Im Workshop setzen sich Aktive in der Arbeitswelt mit den bisherigen Aktivitäten gegen Rechts kritisch auseinander und entwickeln innovative zukunftsweisende Konzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Während des ersten Teils des Work-

shops werden die Teilnehmer_innen über die Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses ausführlich informiert. In der darauf folgenden Diskussion verschaffen sie sich einen Überblick über die verschiedenen Auswirkungen der NSU-Affäre auf die Zivilgesellschaft und diskutieren ihre Fragen mit Expert_innen aus unterschiedlichen Bereichen. Im zweiten Teil des Workshops können die Teilnehmer_innen die neu gewonnenen Erkenntnisse gezielt bei der Entwicklung neuer Konzepte einsetzen. Dies erfolgt in drei thematischen Schwerpunkten: Bildungsarbeit, Arbeit mit Betrieben sowie Präsenz auf Straßen und Plätzen/ Veranstaltungen.

Infos:

Mach meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 43 01-193

Fax: 02 11 / 43 01-134

info@gelbehand.de

www.gelbehand.de/data/flyer_workshop_nsu.docx.pdf

Rat für Migration fordert institutionelle Reformen in der Migrations- und Integrationspolitik

Der Rat für Migration (RfM) fordert die künftige Bundesregierung auf, die Migrations- und Integrationspolitik institutionell zu reformieren. Die Verhandlungen um einen Koalitionsvertrag für die neue Legislaturperiode bieten dazu eine besondere Chance. Über sechzig Wissenschaftler_innen verschiedener Disziplinen und weitere Erstunterzeichner_innen unterstützen einen Aufruf, der am 1. Oktober 2013 als Online-Petition veröffentlicht wurde. Darin fordert der RfM: Die Zuständigkeit für Migrations- und Integrationspolitik soll künftig nicht mehr beim Bundesinnenministerium (BMI) liegen, sondern in einem Querschnitts-Ministerium, das aus dem bisherigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hervorgehen kann. Denn das BMI ist mit seiner Konzentration auf Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr das falsche Zentralressort für die Förderung von Zuwanderung und Willkommenskultur.

Migrationsrechtler Prof. Dr. Jürgen Bast fordert: „Als inhaltliche Grundlage für die Arbeit des neuen Querschnitts-Ministeriums ist ein Bundes-

migrations- und Integrationsgesetz erforderlich, das die Neuausrichtung auf einen umfassenden Ansatz festschreibt.“ Der Migrationshistoriker Prof. Dr. Klaus J. Bade betont: „Nötig ist ein Wandel von der herkömmlichen Integrationspolitik für Migranten zu einer teilhabeorientierten Gesellschaftspolitik für alle.“ Weil Migration und Integration für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bedeutungsvolle Dimensionen sind, soll das neue Querschnitts-Ministerium auch die Dimensionen Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur im Blick haben und damit über seine eigenen Ressortgrenzen hinaus wirken. Es soll deshalb auch die Aktivitäten anderer Ressorts im Bereich von Migration und Integration koordinieren, also insbesondere diejenigen des Bildungs-, Familien-, Wirtschafts-, Innen-, Justiz- und Außenministeriums.

Infos:

Rat für Migration e. V.

info@rat-fuer-migration.de

www.rat-fuer-migration.de

Rechtshilfefonds für Optionspflichtige eingerichtet

In diesem Jahr läuft für den ersten Jahrgang (1990) der Doppelstaatler, die unter die umstrittene staatsbürgerschaftsrechtliche Optionsregelung fallen, die Frist ab, in der sie sich für eine ihrer beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden müssen. Mehrere Organisationen haben einen Rechtshilfefonds zur Unterstützung von optionspflichtigen Kindern ausländischer Eltern eingerichtet. Dass die sogenannte Optionsregelung aus menschenrechtlicher Perspektive in mehrfacher Hinsicht höchst problematisch ist, belegt eine aktuelle Studie.

Wollen die von der Optionspflicht Betroffenen ihren deutschen Pass behalten, müssen sie sich bis zum 23. Lebensjahr explizit gegen ihre weitere Staatsangehörigkeit aussprechen. Andernfalls wird ihnen ihre deutsche Staatsbürgerschaft automatisch entzogen. Erste Entzugsfälle liegen bereits vor.

Nun können Betroffene, die sich gegen die entsprechenden Verwaltungsbeschlüsse juristisch zur Wehr setzen, seit Juni dieses Jahres finanzielle Unterstützung für die Verfahrenskosten erhalten. Der unter der Verwaltung des Interkulturellen Rates gemeinsam mit der IG Metall, der Bertels-

mann Stiftung, der Evangelischen Kirche und dem Diakonischen Werk in Hessen und Nassau sowie der Open Society Justice Initiative eingerichtete Rechtshilfefonds finanziert ab sofort die anwaltliche Vertretung Betroffener in vorgerichtlichen Verwaltungsverfahren sowie in verwaltungsgewärtlichen Prozessen. Bedingung ist, dass diese Verfahren von besonderer Bedeutung für die grundsätzliche Klärung der rechtlichen Unsicherheiten der Regelung sind. Antragsberechtigt sind die Anwälte der Kläger_innen, wobei die Anträge formgebunden an die Geschäftsstelle des Interkulturellen Rates zu richten sind. Kosten von bis zu 800 Euro können pauschal, darüber hinausgehende Beträge mit Begründung beantragt werden.

Infos:

Interkultureller Rat in Deutschland e. V.

Goebelstraße 21

64293 Darmstadt

Tel: 0 61 51 / 33 99 71

Telefax: 0 61 51 / 3 91 97 40

info@interkultureller-rat.de

www.interkultureller-rat.de

<http://wider-den-optionszwang.de>

Wanderausstellung „anders? - cool!“ 2014

Die Wanderausstellung „anders? - cool!“ ist ein Angebot für Jugendmigrationsdienste, Schulen und andere interessierte Einrichtungen. Die Ausstellung „wandert“ alle zwei Wochen von Schule zu Jugendmigrationsdienst, vom Ausbildungszentrum zur Einkaufspassage und macht Ihre Integrationsarbeit erlebbar! Diese Wanderausstellung spiegelt die Sorgen, Freuden und Hoffnungen von zugewanderten Jugendlichen wider. Zugleich stellt „anders? - cool!“ die Angebote und Integrationshilfen der bundesweit rund 430 Jugendmigrationsdienste vor.

Authentische Fotos und Interviews mit Jugendlichen machen die Ausstellung glaubwürdig und lebendig. Elektronische Medien - computergestützte Spiele, Musik, Filme und andere interaktive Elemente sprechen junge Menschen besonders an. Die Wanderausstellung „anders? - cool!“ richtet sich an Jugendliche ab 12 Jahren und an

junge Erwachsene. Doch auch für Pädagog_innen, Politiker_innen und sowie für engagierte Bürger_innen ist sie ebenso spannend und informativ. In den letzten zehn Jahren hat „anders? - cool!“ bereits mehr als 250 Städte und Gemeinden in Deutschland besucht. Die Wanderausstellung „anders? - cool!“ ist kostenfrei für Ihre Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit buchbar.

Infos:

„anders? - cool!“

Servicebüro Jugendmigrationsdienste

Eva Maria Bloch & Susanne Feder

Kennedyallee 105-107

53175 Bonn

Tel: 02 28 / 9 59 68-26

Fax: 02 28 / 9 59 68-30

anders-cool@jmd-portal.de

www.anders-cool.de

www.jugendmigrationsdienste.de

Neue Website zur Interkulturellen Öffnung der Offenen Jugendarbeit

Unter www.offene-jugendarbeit-diversity.de präsentiert das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. (ism) Ergebnisse des Projekts zur Interkulturellen Öffnung der Offenen Jugendarbeit. Die Website bietet erste Auswertungen der landesweiten empirischen Umfrage zur Offenen Jugendarbeit, Hintergrundinformationen zu den Themen Interkulturelle Öffnung und Offene Jugendarbeit sowie Wissenswertes über das Projekt und die Projektpartner_innen. Eine besondere Serviceleistung stellen die drei Datenbanken dar, mit denen die Nutzer_innen die Möglichkeit zur Recherche zu verschiedenen Themen haben: Die Datenbank „Einrichtungen“ gibt einen Überblick über die Landschaft der Offenen Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz. Insgesamt 281 Häuser der Offenen Tür (HOT), Jugendzentren und Jugendräume können nach regionaler Herkunft oder Trägerstruktur gesucht werden. Die Datenbank „Methoden“ stellt hilfreiche Ansätze, Methoden, Konzepte und Bausteine vor, die im Rahmen eines Prozesses der Interkulturellen Öffnung eingesetzt

werden können. So finden sich Hinweise auf Methoden zur Organisationsentwicklung und ebenso zur individuellen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund.

Hinweise auf nützliche Literatur und audiovisuelle Medien gibt schließlich die Datenbank Material. Dort kann nach den verschiedenen Zielgruppen (Jugendliche, geschlechtsspezifische Materialien, Medien v. a. für hauptamtliches Personal oder für Eltern), nach Themen (von A wie Antirassismus bis V wie Vorurteile) und nach Gattung (Print, CD-ROM, Video etc.) das Passende gesucht werden.

Infos:

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism)

Dr. Birgit Jagusch

Flachmarktstr. 9

55116 Mainz

Tel: 0 61 31 / 2 40 41-15

Fax: 0 61 31 / 2 40 41-50

www.ism-mainz.de

www.offene-jugendarbeit-diversity.de

FES-Publikation Perspektivenwechsel in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland Grundlagen für eine neue Migrations- und Integrationspolitik

Die bisherigen Reformen der Migrations- und Integrationspolitik greifen zu kurz. Der Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hält deshalb fünf Perspektivenwechsel in folgenden Bereichen für notwendig: ein neues Verständnis von Integration, interkulturelle Öffnung der Bundesministerien, eine kohärente Migrationspolitik, Flüchtlingschutz auf frühzeitige Teilhabe ausrichten und die Zuständigkeiten der Migrations- und Integrationspolitik neu ordnen.

Infos:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik
Godesberger Allee 149
53170 Bonn
Tel: 02 28 / 883 -Durchwahl
Fax: 0228/ 883 -9202 / 9205
www.fes.de
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10250-20131022.pdf>

Projektausschreibung „Werkstatt Vielfalt“ für eine lebendige Nachbarschaft

Die Stiftung Mitarbeit möchte auf die dritte Ausschreibungsrunde der „Werkstatt Vielfalt - Projekte für eine lebendige Nachbarschaft“ aufmerksam machen, die noch bis zum 15. März 2014 läuft. Die Förderung stammt aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung. Junge Menschen in Deutschland wachsen in einer Gesellschaft auf, die so bunt und vielfältig ist wie nie zuvor. Kontakte zwischen Menschen aus unterschiedlichen sozialen, kulturellen oder religiösen Milieus sind von grundlegender Bedeutung für das gegenseitige Verständnis und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hier setzen die Projekte der „Werkstatt Vielfalt“ an: Sie bauen Brücken zwischen Lebenswelten. Sie tragen zu einer lebendigen Nachbarschaft in der Gemeinde oder im Dorf bei. Sie sorgen dafür, dass Vielfalt zur Normalität wird. Wird eine Projektidee in die „Werkstatt Vielfalt“ aufgenommen, erhält sie nicht nur eine finanzielle Förderung: Die Projektverantwortlichen holen sich bei einer Projektwerkstatt Tipps von Fachleuten, tauschen Erfahrungen aus und geben Anregungen zur Weiterentwicklung des Programms. Welche Projektideen können gefördert werden? Die Projekte der „Werkstatt Vielfalt“ sind lokal oder stadtteilübergreifend angelegt. Das heißt, sie füllen ihre unmittelbare Nachbarschaft, ihre Gemeinde oder ihr Viertel mit Leben. Außerdem sind sie längerfristig ausgerichtet (6 bis 24 Monate). Inhaltlich kommen Projekte in Frage, die

- das Miteinander junger Menschen (8 bis 27 Jahre) mit anderen Jugendlichen oder Menschen fördern,

- das Verständnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen füreinander vertiefen und die unterschiedlichen Interessen, Erfahrungen und Fähigkeiten für ein gemeinsames Vorhaben und Engagement nutzen oder
- die Selbstwirksamkeit und aktive Teilhabe junger Menschen an ihrem Lebensumfeld unterstützen.

Die „Werkstatt Vielfalt“ selbst ist Vielfalt. Mit drei Beispielen möchte die Stiftung Mitarbeit eine Anregung geben, welche Ideen zu den geförderten Ansätzen gehören können.

- Kinder erstellen einen Stadt(teil)führer und lernen dabei verschiedene Orte und Gruppen in ihrer Nachbarschaft kennen. Anschließend führen sie Menschen aus anderen Stadtteilen durch ihr Viertel.
- Eine Jugendgruppe macht kultur- und religionsensible Arbeit mit muslimischen Senioren.
- Schüler_innen engagieren sich in Tandemprojekten mit Flüchtlingen für einen Jugendtreff im Stadtteil.

Infos:
Stiftung MITARBEIT
Brigitte Mies-van Engelshoven
Ellerstraße 67
53119 Bonn
Tel: 02 28 / 6 04 24-12
Fax: 02 28 / 6 04 24-22
mies-vanengelshoven@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de

Berichte über Antiziganismus und Diskriminierung

„Vielfalt - Das Bildungsmagazin“ konzentriert sich in der Herbstausgabe auf die Themen Antiziganismus und Diskriminierung im Bildungssystem. Sie porträtiert eine Erfolgsgeschichte und lässt Expert_innen zu Wort kommen, die sich für Bildungsgerechtigkeit und gegen Antiziganismus einsetzen. Der Artikel von Heide Oestreich zeigt, dass von Diskriminierung im Bildungsbereich nicht nur Schüler_innen betroffen sind. Sie kritisiert das Kopftuchverbot als andauernde Diskriminierung von Musliminnen in deutschen Schulen als faktisches Berufsverbot.

In eigener Sache stellt die Arbeiterwohlfahrt Mittelrhein e. V. eine von ihnen angestoßene Kölner

Initiative „Schulplätze für alle“ vor, die sich dafür einsetzt, dass alle Kinder, die neu herkommen, einen wohnortnahen Schulplatz und faire Bildungschancen erhalten.

Infos:

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e. V.
Rhonestr. 2a

50765 Köln

Tel. 0221 299428-74

Fax 0221 299428-99

vielfalt@awo-mittelrhein.de

<http://integrationsagentur-awo.de/bildungsmagazin2013herbst>

Leitfaden: Diskriminierungsschutz an Hochschulen. Ein Praxisleitfaden für Mitarbeitende im Hochschulbereich

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat mit dem Modellprojekt „Diskriminierungsfreie Hochschule. Mit Vielfalt Wissen schaffen“ praxisnahe Wege aufgezeigt. Wie können Hochschulen sich erfolgreich gegen Benachteiligungen von Student_innen einsetzen? Der Leitfaden beschreibt, was Hochschulen konkret zum Abbau von Diskriminierungsrisiken tun können und liefert konkrete, umsetzbare Vorschläge für eine gelungene Antidiskriminierungsarbeit im Bildungsbereich. Er enthält einführende Informationen, Checklisten und Tipps für Verantwortliche und Mitarbeiter_innen im Hochschulbereich.

Infos:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Referat Forschung - ADS-2

Glinkastr. 24

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 1 85 55-18 24

Fax: 0 30 / 1 85 55-4 18 24

petra.sehnert@ads.bund.de

www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Leitfaden_Diskriminierungsschutz_Hochschulen.pdf;jsessionid=308ED22452F00364977A96F78696474C.2_cid332?__blob=publicationFile

Menschenrechtsinstitut empfiehlt in der Verfassung Brandenburg im Gesetzentwurf auf Terminus „Fremdenfeindlichkeit“ zu verzichten

Im Brandenburger Landtag fand am 18. September 2013 eine Anhörung zur geplanten Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg statt. Gegenstand der Anhörung war ein Gesetzentwurf zur sogenannten „Antirassismus-Novelle“ (Landtag Brandenburg, Drucksache 5/7321). Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, den Begriff „Rasse“ aus dem Diskriminierungsverbot der Brandenburgischen Verfassung zu streichen und durch eine Alternativformulierung zu ersetzen. Neben anderen Expert_innen war auch das Deutsche Institut für Menschenrechte zur Anhörung

eingeladen. In seiner Stellungnahme begrüßte das Institut das mit der Verfassungsänderung verfolgte Anliegen, gesellschaftliches Engagement gegen Rassismus zu stärken. Zugleich empfiehlt das Institut Änderungen des Gesetzentwurfs. Der Wortlaut des Entwurfes setze ein falsches Signal, da er die Gefahr birgt, dass der staatlich garantierte Schutz vor Rassismus zu eng verstanden wird. Außerdem empfiehlt das Institut, im Gesetzentwurf auf den Terminus „Fremdenfeindlichkeit“ zu verzichten.

Infos:

Deutsches Institut für Menschenrechte
Zimmerstraße 26/27
10969 Berlin
Tel: 0 30 / 25 93 59-0
Fax: 0 30 / 25 93 59-59

[www.institut-fuer-menschenrechte.de/index.php?id=215&tx_ttnews\[tt_news\]=777&cHash=38770c730461533783d40c544a88b7af](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/index.php?id=215&tx_ttnews[tt_news]=777&cHash=38770c730461533783d40c544a88b7af)

Menschenrechtsinstitut fordert Verankerung der Abschaffung rassistischer Personenkontrollen durch die Bundespolizei im Koalitionsvertrag

Das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert, die Abschaffung rassistischer Personenkontrollen durch die Bundespolizei im Koalitionsvertrag zu verankern sowie die Empfehlungen des NSU Untersuchungsausschusses zur Reform von Polizei und Justiz aufzunehmen.

„Bestehende Regelungen zu anlasslosen Personenkontrollen zur Bekämpfung illegaler Migration wie in Paragraf 22 Absatz 1 a) Bundespolizeigesetz verstoßen gegen das grund- und menschenrechtliche Diskriminierungsverbot“, erklärte Beate Rudolf, Direktorin des Instituts. „Die neue Regierung sollte durch eine Streichung dieser Regelungen sicherstellen, dass die Polizei nicht weiterhin Menschen aufgrund unveränderlicher Merkmale wie Hautfarbe überprüft“, so Rudolf weiter. „Mit solchen pauschalen Verdächtigungen werden Menschen ausgegrenzt und in ihrer Menschenwürde beeinträchtigt. Deren Schutz ist Kernanliegen des freiheitlichen und auf Menschenrechten basierenden Rechtsstaates.“ In einem gestern veröffentlichten Interview der „tageszeitung“ mit dem Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hatte dieser bestätigt, dass die Bundespolizei auf Grundlage ihres gesetzlichen Auftrags Menschen wegen unveränderlicher Merkmale wie der Hautfarbe überprüft. Wolle man diese Praxis ändern, müsse die Politik den gesetzlichen Auftrag der Polizei verändern. Bislang hat die Bundesregierung stets negiert, dass eine solche Kontrollpraxis der Bundespolizei existiert.

Hendrik Cremer, Autor der Studie zu „Racial Profiling“ durch die Polizei, betonte: „Der Grund für die menschenrechtswidrige Praxis ist nicht

allein im Verantwortungsbereich und Handeln der Polizei zu suchen. Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft kommt insoweit zumgleichen Ergebnis wie unsere Studie. Es sind die gesetzlichen Ermächtigungsgrundlagen der Polizei, die auf diskriminierendes Handeln angelegt sind. Gesetzesbestimmungen wie Paragraf 22 Absatz 1a) müssen daher gestrichen werden.“ Die Bundesregierung solle hier zum Vorbild für die Bundesländer werden, in denen vergleichbare Landesgesetze existieren.

Zudem rief das Institut die Koalitionsverhandlungsführer für den Bereich Innen und Recht auf, auf Grundlage der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses

Infos:

Hendrik Cremer (2013): „Racial Profiling“ - Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz. Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei. Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin.

www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/publikationen/detailansicht.html?tx_commerce_pi1%5BshowUid%5D=417&cHash=ab7e589f28044dce1a1ecc2a4674c4cf

Hintergrundpapier des Instituts zur Veröffentlichung des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses des Bundestages zur „Terrorgruppe nationalsozialistischer Unterwww.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Sonstiges/hintergrundpapier_Zur_Veroeffentlichung_des_Abschlussberichts_des_Untersuchungsausschusses_des_Bundestages_zur_Terrorgruppe_NSU.pdf

Seminare und Tagungen**Fortbildung „Hinter der Fassade - Ein_Blick_e zu Diskriminierung und Neonazismus“**

Termin: 02. November 2013

Ort: Frankfurt

Infos:

Sportjugend Hessen

Geschäftsstelle Frankfurt

Rosi Harra

Otto-Fleck-Schneise 4

60528 Frankfurt am Main

Tel: 0 69 / 6 78 92 18

Fax: 0 69/ 69 59 0175

RHarra@sportjugend-hessen.de

[www.sportjugend-hessen.de/Terminuebersicht.43.0.html?&cHash=ec8417d642&sjh\[showU id\]=453057348](http://www.sportjugend-hessen.de/Terminuebersicht.43.0.html?&cHash=ec8417d642&sjh[showU id]=453057348)**Fachtagung „Wenn Rassismus aus Worten spricht - Fragen, Kontroversen, Perspektiven“**

Termin: 25.-26. November 2013

Ort: Weimar

Infos:

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Hebelstraße 6

60318 Frankfurt am Main

Tel: 0 69 / 94 43 71-0

Fax: 0 69 / 49 48 17

zentrale@zwst.org

www.zwst-perspektivwechsel.de/**Workshop „Haben wir versagt? Konsequenzen aus der NSU-Affäre für die Zivilgesellschaft“**

Termin: 29.-30. November 2013

Ort: Hattingen

Infos:

Mach meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 43 01-193

Fax: 02 11 / 43 01-134

info@gelbehand.de

www.gelbehand.de/beitrag_aWQ9OTA30A_.html**Einführungsseminar der Naturfreundejugend „Was ist Herrschaftskritik?“**

Termin: 01. Dezember 2013

Ort: Berlin

Infos:

Uli Fuchs

Naturfreundejugend Berlin

Weichselstr. 13

12045 Berlin

Tel: 0 30 / 32 53 27 70

Fax: 0 30 / 32 53 27 71

uli@naturfreundejugend-berlin.de

www.naturfreundejugend-berlin.de

Berufsbegleitende Mediationsausbildung in interkulturellen Kontexten von Jugendarbeit, Schule und Sozialarbeit

Termin: Dezember 2013 bis Februar 2015

Ort: Institut für Jugendarbeit Gauting

Infos:

Institut für Jugendarbeit

Ina Benigna Hellert

Germeringer Str. 30

82131 Gauting

Tel: 0 89 / 89 32 33-18

hellert@institutgauting.de

www.institutgauting.de/seminare/mediation-in-interkulturellen-kontexten

Fachtagung „Neue Töne von rechts?“ Eine zu aktuellen Tendenzen in der Jugendmusikultur und den Herausforderungen für die politische Bildung

Termin: 02.-03. Dezember 2013

Ort: Thüringen

Infos:

Bundeszentrale für politische Bildung

Hanne Wurzel

Adenauerallee 86

53113 Bonn

Tel: 02 28 / 9 95 15-200

Fax: 02 28 / 9 95 15-293

hanne.wurzel@bpb.bund.de

www.bpb.de/veranstaltungen/format/kongress-tagung/169625/neue-toene-von-rechts-eine-fachtagung-zu-aktuellen-tendenzen-in-der-jugendmusikultur-und-den-herausforderungen-fuer-die-politische-bildung

BDKJ-Seminar „mia san mia!“ Interkulturelle Kompetenzen und jugendliche Lebenswelten als Herausforderung für die Jugendsozialarbeit

Termin: 02.-05. Dezember 2013

Ort: München

Infos:

BDKJ-Bundesstelle

Andreas Schmitz

Carl-Mosterts-Platz 1

40477 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 46 93-165

Fax: 02 11 / 46 93-120

aschmitz@bdkj.de

www.bagkjs.de/media/raw/Einladung_mia_san_mia_2013.pdf

Regionalkonferenz zur Entwicklung eines Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Termin: 5. Dezember 2013

Ort: Köln

Infos:

NS-Dokumentationszentrum

Info- und Bildungsstelle

gegen Rechtsextremismus (ibs)

Appellhofplatz 23 - 25

50667 Köln

Tel: 02 21 / 2 21-2 71 62

Fax: 02 21/2 21-2 55 12

ibs@stadt-koeln.de

www.mbr-koeln.de

**Fachtagung „Im Netzwerk liegt die Kraft“ -
Perspektiven für die Zusammenarbeit gegen
Rechtsextremismus**

Termin: 06.-07. Dezember 2013

Ort: Berlin

Infos:

Evangelische Akademie zu Berlin

Heinz-Joachim Lohmann

Charlottenstraße 53/54

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 2 03 55-500

Fax: 0 30 / 2 03 55-550

lohmann@eaberlin.de

www.eaberlin.de/programm_detail.php?vstg_id=10143&archiv=0**Fortbildungsangebote zu Handlungsstrategien
gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
und Rechtsextremismus**

Termin: 14. und 17. Dezember 2013

Ort: Frankfurt

Infos:

Bildungsstätte Anne Frank

Tami Rickert

Hansaallee 150

60320 Frankfurt

tensinger@bs-anne-frank.de

www.jbs-anne-frank.de/news/aktuelles/fortbildung-zum-umgang-mit-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit-und-rechtsextremismus/**Fachtag „Wer ist hier anders?!“ Gruppenbe-
zogene Menschenfeindlichkeit und Rassism-
us in NRW**

Termin: 13. Dezember 2013

Ort: Düsseldorf

Infos:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag
NRW

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Tel: 0211 / 8 84 43 21

Fax: 02 11 / 8 84 33 34

hasret.karacuban@landtag.nrw.de

<http://gruene-fraktion-nrw.de/Gegenrechts>

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Karima Benbrahim

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952